

Glanzlichter der Wissenschaft

Ein Almanach

*herausgegeben
vom Deutschen Hochschulverband*

LUCIUS
LUCIUS 

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8282-0572-7

© Deutscher Hochschulverband 2012

Redaktion: Felix Grigat, M.A. (verantwortl.)

Dr. Michael Hartmer

Friederike Invernizzi, M.A.

Ina Lohaus

Vera Müller, M.A.

Druck: Saarländische Druckerei und Verlag GmbH, 66793 Saarwellingen

Inhaltsverzeichnis

<i>Die dunkle Seite der Kindheit</i> <i>Kleinkinder dauerhaftem Stress aussetzen ist unethisch. Eine Analyse der Risiken</i> <i>und Nebenwirkungen der deutschen Krippenoffensive</i> Rainer Böhm	7
<i>Die Bildung des Bürgers</i> <i>Veränderte im achtzehnten Jahrhundert das Bürgertum die Gesellschaft oder</i> <i>die Gesellschaft das Bürgertum? Ein Beitrag zur Sozialgeschichte aufgeklärter</i> <i>Geselligkeit</i> Heinrich Bosse.....	13
<i>Der Wert der Wahrheit wächst</i> <i>Die Unparteilichkeit der Wissenschaft als Parteilichkeit für die Erkenntnis</i> <i>der gemeinsamen Welt</i> Volker Gerhardt	19
<i>Der „Hamsterrad“-Effekt</i> <i>Unparteilichkeit der Wissenschaft – Anspruch oder Wirklichkeit?</i> Michael Hartmann.....	29
<i>Das Geld der Wissenschaft</i> <i>Potenz und Faszination des Geldes für die Wissenschaft</i> Jochen Hörisch	33
<i>Grundphänomen des Lebens</i> <i>Sammeln und Horten – eine menschliche Eigenart?</i> Thomas Junker.....	41
<i>Wie Studenten denken – Eine Stichprobe</i> <i>157 Versuche, eine Karikatur zu verstehen</i> Georg Kamphausen	45
<i>Die institutionalisierte Geringschätzung der Lehre</i> <i>Und was die Exzellenzinitiative dazu beigetragen hat</i> Peter Graf Kielmansegg.....	51
<i>Verfassungsnot!</i> Paul Kirchhof	55

<i>Keine Zweifel, kein Abwägen, keine Kompromisse</i> <i>Populismus aus rhetorischer Sicht</i> Joachim Knappe	61
<i>Kann man trinkend gute Bücher schreiben?</i> <i>Der Wein und die Literatur</i> Hermann Kurzke	65
<i>Humboldt aufpoliert</i> <i>Kann ein Studium Bildung und Ausbildung zugleich sein? Ja!</i> Dieter Lenzen	71
<i>Wandel in der Medizin: Folgen für Arzt und Patient</i> Julika Loss	75
<i>Symmetrie und Gottes Teilchen</i> Klaus Mainzer	83
<i>Ärztliche Hilfe als Geschäftsmodell?</i> <i>Eine Kritik der ökonomischen Überformung der Medizin</i> Giovanni Maio	87
<i>Muslimen auf Augenhöhe</i> <i>Ein Forschungsprojekt sucht nach der europäischen Dimension des Koran</i> Angelika Neuwirth	93
<i>Gibt es andere Universen – und wie viele?</i> <i>Auch die moderne Wissenschaft hat ihre Glaubensfragen</i> Ein Gespräch mit der US-amerikanischen Physikerin Lisa Randall.....	103
<i>Bald wird alles anders sein</i> <i>Doch wir können die Folgen steuern: Manifest für eine Sozialisierung</i> <i>der Automatisierungsdividende</i> Frank Rieger.....	109
<i>Die Werte der Tyrannei</i> Bernd Rütters	117
<i>Goethe und ein Ende</i> <i>Lektüre und Lebensstil</i> Hannelore Schläffer.....	125

<i>Für Wildwuchs im europäischen System</i> <i>Über die Attraktivität des europäischen Hochschulraums</i> Ulrich Schollwöck	129
<i>Auf ein Glas Wein mit Kant</i> <i>Oder: „Der Mensch ist, was er trinkt“</i> Andreas Speer	137
<i>Zwist am Abgrund</i> <i>Eine Debatte zur Frage „Gibt es noch eine Universität?“ aus dem Jahr 1931/32</i> Dieter Thomä.....	141
<i>Non scholae sed vitae?</i> <i>Lehre an antiken Hochschulen</i> Konrad Vössing	149
<i>Michael Kohlhaas und der Kampf ums Recht</i> Andreas Voßkuhle/Johannes Gerberding.....	153
<i>Wie ökonomisch ist Bildung?</i> Barbara Zehnpfennig	165
<i>Die Autoren</i>	169
<i>Quellennachweis</i>	173

Rainer Böhm

Die dunkle Seite der Kindheit

**Kleinkinder dauerhaftem Stress auszusetzen ist unethisch.
Eine Analyse der Risiken und Nebenwirkungen
der deutschen Krippenoffensive**

Geht es nach der Bundesministerin Kristina Schröder (CDU), dann wird es im kommenden Jahr in Deutschland 750 000 Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren geben, die meisten davon in Krippen. Dieses Ziel der Familienpolitik ist ehrgeizig: Bezogen auf drei Geburtsjahrgänge entspräche die Vorgabe der Bundesregierung einer außerfamiliären Betreuungsquote von 47 Prozent. Verteilte man die Plätze nur auf Ein- und Zweijährige, dann betrüge die Quote annähernd 70 Prozent.

Soll das Lebensumfeld der Kleinstkinder derart einschneidend verändert werden, ist eine hohe Sensibilität bei der Planung und der Einführung des nahezu flächendeckenden Angebots an Betreuungsmöglichkeiten unabdingbar. Doch auch damit ist es noch nicht getan. Ebenso unabdingbar ist es, die gesetzlichen Vorgaben an dem jeweils aktuellen Stand der psychologischen, medizinischen und anthropologischen Forschung auszurichten. In dieser Hinsicht sind den politischen Entscheidungsträgern schwerwiegende Versäumnisse vorzuwerfen.

Im Kreis der Industrienationen ist Deutschland, zumindest in den Grenzen der alten Bundesrepublik, in Bezug auf außerfamiliäre Betreuung eher ein Nachzügler. Diese Position bietet aber auch die Chance, Fehler zu vermeiden, die andere gemacht haben. Es lohnt sich also, einen Blick ins Ausland zu werfen, etwa in die Vereinigten Staaten und damit in ein Land, das einer der Vorreiter auf dem Feld der außerfamiliären Kinderbetreuung ist.

Dort haben die Globalisierung und eine staatlich tolerierte, zunehmende Ungleichheit der Erwerbseinkommen dazu geführt, dass aufgrund ökonomischer Zwänge der Doppelverdienerhaushalt seit den achtziger Jahren zur Regel geworden ist. Parallel dazu stieg die Nachfrage nach einem System umfassender Kinderbetreuung bis herab zum Säuglingsalter. Inzwischen ist „day-care“, die Tagesbetreuung für Säuglinge und Kinder von null bis vier Jahren, zusammen mit „pre-school“ und „kindergarten“ der Regelfall.

Indes entbrannte in den Vereinigten Staaten gleichfalls in den achtziger Jahren eine Debatte über die Frage, ob kleine Kinder in diesem grundlegend veränderten Umfeld nicht womöglich Schaden nähmen. Wissenschaftliche Untersuchungen erbrachten zunächst uneinheitliche Ergebnisse. Für Unruhe sorgte die Längsschnittstudie des Entwicklungspsychologen Thomas Achenbach (Universität Vermont), der an mehr als 3 000 Schülern einen deutlichen Rückgang sozioemotionaler Kompetenzen feststellte. Im Vergleich zu den Siebziger Jahren waren amerikanische Kinder 15 Jahre später verschlossener, mürrischer, unglücklicher, ängstlicher, depressiver, aufbrausender, unkonzentrierter, fahriger, aggressiver und häufiger straffällig. Sie zeigten bei 42 Verhaltensindikatoren schlechtere Ergebnisse, bei keinem Kriterium schnitten sie besser ab.

Um diese auch als „child care wars“ bezeichneten Auseinandersetzungen zu befrieden, wurde eine Großstudie ins Auge gefasst. Unter der Regie des renommierten National Institute of Child Health and Development (NICHD) entwickelte eine Gruppe weltweit führender Spezialisten für frühkindliche Entwicklung Anfang der neunziger Jahre ein ausgefeiltes Untersuchungsdesign, in dem nahezu alle Faktoren berücksichtigt wurden, die für die kindliche Entwicklung relevant sind. Daraufhin wurden mehr als 1300 Kinder, überwiegend aus weißen Mittelschichtfamilien, im Alter von einem Monat in die Studie aufgenommen. Über einen Zeitraum von fünfzehn Jahren wurden sodann die kognitive Entwicklung und das Verhalten der Kinder detailliert gemessen. Erhoben wurden überdies der Bildungsstand, der sozioökonomische Status und der Familienstand der Eltern, dazu verschiedene Dimensionen der Eltern-Kind-Interaktion sowie eine Vielzahl an Daten zur außerfamiliären Betreuung wie Art der Einrichtung, Besuchsdauer und Betreuungsqualität. Dieser weltweit einzigartige Datensatz wurde bis heute in über 300 wissenschaftlichen Publikationen ausgewertet und steht auch externen Forschern für eigene Analysen zur Verfügung.

In Deutschland wurden die Ergebnisse der Studie im vergangenen Jahr während des Kinderärztekongresses in Bielefeld vorgestellt. Wie Jay Belsky, ein Psychologe aus San Francisco, berichtete, konnte nachgewiesen werden, dass die Eltern-Kind-Bindung durch außerfamiliäre Betreuung nicht grundsätzlich negativ beeinflusst wird. Unzweifelhaft ist aber auch, dass sehr frühe und umfangreiche Betreuung von zweifelhafter Qualität mit erheblichen Risiken für das Bindungsmuster zwischen Mutter und Kind einhergeht. Damit erhöht sich auch das Risiko, später an einer psychischen Störung zu erkranken. Hohe Betreuungsqualität führte, im Vergleich zu geringerer Qualität, zu etwas besseren kognitiven Leistungen im Vorschulalter. Dieser Unterschied war auch noch in der Sekundarstufe nachweisbar. Die Dauer außerfamiliärer Betreuung hatte hingegen keinen signifikanten Einfluss auf die schulischen Leistungen.

Am beunruhigendsten war indes der Befund, dass Krippenbetreuung sich unabhängig von sämtlichen anderen Messfaktoren negativ auf die sozioemotionalen Kompetenzen der Kinder auswirkt. Je mehr Zeit kumulativ Kinder in einer Einrichtung verbrachten, desto stärker zeigten sie später dissoziales Verhalten wie Streiten, Kämpfen, Sachbeschädigungen, Prahlen, Lügen, Schikanieren, Gemeinheiten begehen, Grausamkeit, Ungehorsam oder häufiges Schreien. Unter

den ganztags betreuten Kindern zeigte ein Viertel im Alter von vier Jahren Problemverhalten, das dem klinischen Risikobereich zugeordnet werden muss. Später konnten bei den inzwischen 15 Jahre alten Jugendlichen signifikante Auffälligkeiten festgestellt werden, unter anderem Tabak- und Alkoholkonsum, Rauschgiftgebrauch, Diebstahl und Vandalismus. Noch ein weiteres, ebenfalls unerwartetes Ergebnis kristallisierte sich heraus: Die Verhaltensauffälligkeiten waren weitgehend unabhängig von der Qualität der Betreuung. Kinder, die sehr gute Einrichtungen besuchten, verhielten sich fast ebenso auffällig wie Kinder, die in Einrichtungen minderer Qualität betreut wurden. Grundsätzlich zeigte sich aber, dass das Erziehungsverhalten der Eltern einen deutlich stärkeren Einfluss auf die Entwicklung ausübt als die Betreuungseinrichtungen.

Die Autoren der NICHD-Studie leiteten aus diesen Ergebnissen zahlreiche Empfehlungen ab. Kurz gefasst lauten diese: Die Qualität der Betreuung müsse gesteigert werden, die Dauer der Betreuung sei zu reduzieren, während die Eltern in ihrem Erziehungsauftrag gestärkt werden müssten. In den Vereinigten Staaten hat man sich allenfalls des ersten Punktes angenommen. In Deutschland wiederum sind die Politiker auf dem besten Weg, die erste und dritte Empfehlung nicht ernst zu nehmen und die zweite Empfehlung – die Verringerung der Betreuungsdauer – in ihr Gegenteil zu verkehren.

Warum dieses Vorgehen mehr als bedenklich ist, zeigen wissenschaftliche Daten, die in den letzten zehn Jahren erhoben wurden. Sie belegen, dass es sich bei den Verhaltensauffälligkeiten, die in der NICHD-Studie registriert wurden, nur um die sprichwörtliche Spitze des Eisbergs handelt. Dank einer neuen Technik konnten Wissenschaftler in den Vereinigten Staaten Ende der neunziger Jahre bei Kleinkindern in ganztägiger Betreuung in zwei Daycare Centers erstmals das Tagesprofil des wichtigsten Stresshormons Cortisol bestimmen. Entgegen dem normalen Verlauf im Kreis der Familie – hoher Wert am Morgen und kontinuierlicher Abfall zum Abend hin – stieg die Ausschüttung des Stresshormons während der ganztägigen Betreuung im Verlauf des Tages an – ein untrügliches Zeichen einer erheblichen chronischen Stressbelastung. In der ersten Einrichtung, deren Betreuungsqualität als gehoben gelten konnte, zeigten fast alle Kinder diesen auffälligen Verlauf. In der zweiten Einrichtung mit sehr hoher Betreuungsqualität standen am Abend immerhin noch fast drei Viertel der Kinder unter abnormem Stress. Eine Metaanalyse einer niederländischen Wissenschaftlerin, die neun ähnliche Folgestudien auswertete, hat diese Ergebnisse bestätigt. Somit muss als gesichert gelten, dass besorgniserregende Veränderungen des Cortisolprofils vor allem bei außerfamiliärer Betreuung von Kleinkindern auftreten, und das selbst bei qualitativ sehr guter Betreuung.

Jene Cortisol-Tagesprofile, wie sie bei Kleinkindern in Kinderkrippen nachgewiesen wurden, lassen sich am ehesten mit den Stressreaktionen von Managern vergleichen, die im Beruf extremen Anforderungen ausgesetzt sind. Bei Kindern liegen die Hormonwerte weit jenseits der milden und punktuellen Aktivierungen des Stresssystems, die als entwicklungsförderlich anzusehen sind. Vielmehr muss in der chronischen Stressbelastung eine Ursache dafür gesehen werden, dass Krippenkinder häufiger erkranken. Sie leiden nicht nur öfter an Infektionen, sondern auch an Kopfschmerzen oder immunologischen Störungen wie Neurodermitis.

Aus der psychobiologischen Forschung ist bekannt, dass chronische Stressbelastung ein Kernphänomen bei misshandelten und vernachlässigten Kindern darstellt. Die amerikanische Anthropologin Meredith Small bezeichnete Stress, sexuelle Übergriffe und Gewalt daher auch als „dunkle Seite der Kindheit“: Die dauerhafte Aktivierung des Stresssystems mündet oft in einer Erschöpfungsreaktion: Das Stressregulationssystem geht sozusagen unter dem Stress-

Trommelfeuer in die Knie. Genau dieser Effekt wurde jetzt auch in Wien in einer Studie über Kinderkrippen nachgewiesen. Vor allem Kinder im Alter unter zwei Jahren zeigten nach fünf Monaten qualitativ durchschnittlicher Krippenbetreuung stark abgeflachte Cortisol-Tagesprofile – vergleichbar mit den Werten, die in den neunziger Jahren bei zweijährigen Kindern in rumänischen Waisenhäusern gemessen wurden. Diese Befunde lassen keinen anderen Schluss zu als den, dass eine große Zahl von Krippenkindern durch die frühe und langdauernde Trennung von ihren Eltern und die ungenügende Bewältigung der Gruppensituation emotional massiv überfordert ist.

Wie sich diese Überforderung im späteren Leben auswirken kann, lässt sich mittlerweile der NICHD-Studie entnehmen. Kürzlich wurden die morgendlichen Cortisol-Werte der inzwischen 15 Jahre alten Studienteilnehmer gemessen. Bei den Probanden, die schon früh ganztags betreut worden waren, zeigten sich die gleichen Veränderungen wie bei Kindern, die in der Familie emotional vernachlässigt oder misshandelt worden waren. Besonders fällt auf, dass die Effekte in beiden Gruppen gleich stark waren, dass die Veränderungen unabhängig von der Qualität der Betreuung auftraten und dass sich die Stresseffekte von Tagesbetreuung und familiärer Vernachlässigung addierten. Mit anderen Worten: Die Krippenbetreuung wirkte sich weder kompensatorisch noch schützend aus. Alles in allem steht damit fest, dass Krippenbetreuung die Stressregulation auch langfristig negativ beeinflusst. Und: Das in der Öffentlichkeit verbreitete Mantra ist falsch, alle Probleme der Krippenbetreuung ließen sich alleine mit Qualität lösen.

In den vergangenen Jahren ist in einer Fülle von Publikationen dargelegt worden, dass und wie chronische Stressbelastungen die Entwicklung des Gehirns beeinträchtigen, speziell die Zentren für die Stressregulation und die sozioemotionale Kompetenz. Nun zählen die beiden ersten Lebensjahre zu den besonders heiklen Phasen der Entwicklung des Gehirns. In dieser sensiblen Periode gräbt sich chronischer Stress sogar in die Gene ein und führt auf dem Weg sogenannter epigenetischer Mechanismen zu dauerhaften Regulationsstörungen, die sogar an die folgenden Generationen vererbt werden können. Die Wissenschaft weiß mittlerweile, dass chronische Stressbelastung durch kindliche Vernachlässigung und Misshandlung mit einem langfristig deutlich erhöhten Risiko verbunden ist, an schwer behandelbarer Depression zu erkranken oder aber Suizid zu begehen. Neben psychischen Störungen geht mit chronischem Stress auch ein erhöhtes Risiko für körperliche Krankheiten einher wie Herz-Kreislaufkrankungen und Fettsucht, ja sogar für Krebs.

Säuglinge und Kleinkinder können Stressbelastungen noch nicht in Worte fassen. Auch in ihrem Verhalten sind Anzeichen für chronischen Stress oft diskret, wenn nicht fast unmerklich. Jetzt haben die neuen Techniken zur Messung von Stress ein weiteres Fenster zur Seele des Kleinkinds geöffnet. Derzeit fällt es vielen noch schwer, das Bild anzunehmen, das diese neuen, objektiven Messdaten zu erkennen geben. Aber es führt kein Weg um die Einsicht herum, dass die Mehrheit ganztagsbetreuer Krippenkinder, selbst wenn sie bestenfalls in schönen Räumen mit anregendem Spielzeug von engagierten Erziehern oder Erzieherinnen betreut wird, den Tag in ängstlicher Anspannung verbringt, dass sich dies bei einem Teil der Kinder in anhaltenden Verhaltensauffälligkeiten niederschlägt, und dass mit dieser Form der Betreuung Risiken für die langfristige seelische und körperliche Gesundheit einhergehen. Die Gesellschaft muss sich also der Tatsache stellen, dass sich emotionale Misshandlung nicht nur unter familiären oder institutionellen Deprivationsbedingungen, sondern – unbeabsichtigt – häufig auch im kognitiv stimulierenden Umfeld einer Krippe ereignet.

Indes hat sich selbst die Kinder- und Jugendmedizin in Deutschland diesem Thema bislang nicht eingehend gestellt. Noch im Jahr 2008 hieß es in der „Monatsschrift Kinderheilkunde“, dass es keinen einzigen Artikel gebe, in dem Daten zum Thema Krippen und Gesundheit in Deutschland in einer peer-reviewed-Zeitschrift publiziert wurden und der somit eine datengestützte Antwort auf die Frage geben könnte, inwieweit mit der Kinderbetreuung in einer Krippe erhöhte (oder auch verminderte) gesundheitliche Risiken verbunden sind. Dieser Befund ist umso bemerkenswerter, als die damalige Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) das Ziel ausgab, binnen weniger Jahre 750 000 Kinder in U3-Betreuung zu haben.

In dieser Situation erfordert das „primum nil nocere“ – das erste Gebot ärztlichen Handelns, keinen Schaden zuzufügen – größere Anstrengungen. Niemand kann exakt vorhersehen, wie sich ein einzelnes Kind in Betreuung entwickeln wird. Zu vielfältig sind die Faktoren, die Einfluss auf die kindliche Entwicklung nehmen. Wichtig neben den familiären Lebensumständen ist vor allem die genetische Ausstattung eines Kindes, denn sie ist mitursächlich für die Resilienz gegenüber Belastungssituationen. Fachleute müssen Eltern und Politikern jedoch angemessene Informationen über statistisch erfassbare Risiken der U3-Betreuung geben.

Dieses Risiko liegt für Verhaltensauffälligkeiten in einem moderaten Bereich. Hinsichtlich einer chronischen Beeinträchtigung des emotionalen Wohlbefindens ist das Risiko jedoch stark erhöht. Nicht zu verschweigen ist ferner ein erhöhtes Risiko für späte seelische Erkrankungen.

Erhöhte Stressbelastung und vermehrte Verhaltensauffälligkeiten wurden mittlerweile auch bei ersten systematischen Untersuchungen zur U3-Betreuung in Tagespflege gefunden. Durch nichts zu belegen ist dagegen die Hoffnung auf Förderung des Sozialverhaltens, die viele Eltern derzeit einen frühen Krippenbesuch in Betracht ziehen lässt. Eine signifikante, moderate Förderung der Lernleistungen kann nur bei hoher Betreuungsqualität erwartet werden. Diese ist in deutschen Krippen derzeit nur in Ausnahmefällen anzutreffen. Die von der Bertelsmann-Stiftung mit großem publizistischen Aufwand plakatiertere hohe Rate an Gymnasialanmeldungen nach Krippenbetreuung ist daher eher auf höhere Ansprüche der Eltern zurückzuführen und nicht auf einen tatsächlichen Gewinn kognitiver Fähigkeiten.

Anstatt dass die Erziehungsleistung der Eltern von politischer oder gesellschaftlicher Seite schleichend entwertet wird, muss Müttern und Vätern die Bedeutung bewusst gemacht werden, die ihre liebevolle und kontinuierliche Präsenz für die gesunde seelische Entwicklung ihrer Kinder gerade in deren ersten Lebensjahren hat. Die herkömmliche Aufteilung von familiären Aufgaben kann durchaus überdacht werden. Während Mütter durch Geburt und Stillzeit die Hauptbeziehungsperson der ersten Lebensphase sind, sollten Väter darin bestärkt und gefördert werden, diese Rolle häufiger im fortgeschrittenen Kleinkindalter ihrer Kinder zu übernehmen.

Aufgrund der dargelegten Risiken ist es unumgänglich, dass alle Eltern die Entscheidung über eine mögliche frühe außerfamiliäre Betreuung frei von ökonomischen Zwängen treffen können. Hierfür muss der Grundsatz „the money goes with the child“ (das Geld geht mit dem Kind) wegweisend werden. Die Wahlfreiheit für Eltern könnte über ein Kinder-Grundeinkommen oder ein Betreuungsgeld sichergestellt werden, wie es mittlerweile in allen skandinavischen Ländern gezahlt wird und deutlich höher ist, als die eher symbolische Summe, die in Deutschland zur Debatte steht. Es wäre dann in das Ermessen der Eltern gestellt, ob sie sich ganz der Erziehung der Kinder widmen oder Kind und Geld einer außerfamiliären Betreuungsinstanz anvertrauen möchten, um selbst einer Erwerbstätigkeit nachzugehen.

Wissenschaftlich fundierte und evidenzbasierte Vorbehalte gegenüber früher Krippenbetreuung dürfen freilich nicht dazu führen, dass auf die frühe Förderung jener Gruppe von Kindern verzichtet wird, die besonderen sozialen oder biologischen Entwicklungsrisiken ausgesetzt sind. Allerdings zeigen alle Studien, dass auch diese Kinder in ihren ersten Lebensjahren im Rahmen ihrer Familie und in Anwesenheit ihrer primären Bindungspersonen gefördert werden sollten, etwa durch Familienhebammen, Elterntrainings, heilpädagogische Frühförderung, sozialpädagogische Familienhilfe oder auch in gemeinde- oder stadtteilzentrierten Kleinkind-Spielgruppen. Für alle diese Maßnahmen liegen Wirksamkeitsnachweise vor.

Die deutsche „Krippenoffensive“ geht wesentlich auf die massive politische und publizistische Lobbyarbeit von Wirtschaftsverbänden zurück, die angesichts der demographischen Entwicklung versuchen, Arbeitskraftreserven auch unter jungen Eltern zu mobilisieren. So wird etwa in Publikationen wirtschaftsnaher Institute versucht, den Begriff „Familienfreundlichkeit“ wesentlich über das Angebot an Krippenbetreuungsplätzen zu definieren. Die Bertelsmann-Stiftung, der operative Arm des größten europäischen Medienkonzerns, bereitet seit Jahren systematisch den Boden für eine langfristig geplante Expansion der Konzernaktivitäten ins lukrative und konjunkturunabhängige Bildungsgeschäft. Dabei wird auch die Meinungsführerschaft im Sektor frühkindliche Bildung angestrebt. Kritische Stimmen werden marginalisiert, andere dagegen in eigene „Studien“ eingebunden, die die Konzernziele unterstützen. Auch die Betreuungsbranche macht sich für die Ausweitung des Krippenangebots stark, da sie sich von diesem Schritt Wachstumchancen erwartet, die durch staatliche Subventionierung abgesichert sind. Marktchancen winken auch Fachverlagen, die sich einen neuen Publikationssektor erschließen können. Universitäten und Fachschulen schließlich hoffen auf Steuergelder für neue Ausbildungsgänge.

Der Eigendynamik all dieser Entwicklungen muss mit besonderer Wachsamkeit begegnet werden. Auf der Basis der NICHD-Studie und der neuen Ergebnisse der Stressforschung wurde daher während des Kinderärztekongresses in Bielefeld ein Vorschlag zu einer entwicklungsmedizinisch evidenzbasierten Empfehlung unterbreitet. Erstens: Keine Gruppentagesbetreuung von Kindern unter zwei Jahren. Zweitens: Zwischen dem zweiten und dritten Geburtstag maximal halbtägige Betreuung von bis zu zwanzig Stunden in der Woche. Drittens: Ab dem dritten Geburtstag je nach individueller Bereitschaft ganztägige Betreuung möglich. Viertens: Konsequente Orientierung an hohen Qualitätsstandards in jeglicher außerfamiliärer Betreuung. Notwendig sind außerdem wissenschaftliche Begleitstudien sowie eine laufende Anpassung von Empfehlungen an den aktuellen Stand der Forschung. Dabei muss auch die bisher völlig vernachlässigte Stressbelastung von berufstätigen Eltern kleiner Kinder und von Krippenerzieherinnen in den Blick genommen werden.

Chronische Stressbelastung ist im Kindesalter die biologische Signatur der Misshandlung. Kleinkinder dauerhaftem Stress auszusetzen, ist unethisch, verstößt gegen Menschenrecht, macht akut und chronisch krank. Ein freiheitlicher Staat, der frühkindliche Betreuung in großem Umfang fördert, ist verpflichtet nachzuweisen, dass die betroffenen Kleinkinder keine chronische Stressbelastung erleiden. Der Gesetzgeber sollte daher von seinen derzeitigen Planungen Abstand nehmen, ein Recht auf außerfamiliäre Betreuung ab dem ersten Geburtstag einzuführen.

Heinrich Bosse

Die Bildung des Bürgers

Veränderte im achtzehnten Jahrhundert das Bürgertum
die Gesellschaft oder die Gesellschaft das Bürgertum?
Ein Beitrag zur Sozialgeschichte aufgeklärter Geselligkeit.

Bildung und Kultur gehören irgendwie zusammen, und dazu werden Geschichten erzählt, sicher keine von den ganz „großen Erzählungen“, aber doch solche, die immer noch Schulen, Universitäten und auch die Öffentlichkeit erfüllen. Eine der wirkmächtigsten hat Jürgen Habermas vor fünfzig Jahren in seiner Habilitationsschrift von 1962 über den Strukturwandel der Öffentlichkeit entworfen. Erst als das Bürgertum entstand, begann danach endlich die Kultur allen zu gehören. Es gab eine Zeit, da verzichteten einige Leute darauf, Standesunterschiede wichtig zu nehmen, sie schlossen sich gesellig zusammen, bildeten sich und schufen eine öffentliche Kultur, von allen, für alle.

Im Netz dieser grobmaschigen Formulierung lassen sich immerhin die entscheidenden Fragen einfangen. Wann war das? Wer war das? Die Frage nach der Datierung ist nicht ganz unverfänglich. Wenn wir den Take-off der Moderne an den Anfang des 18. Jahrhunderts setzen, können wir das entstehende Bürgertum als Erklärungsgrund für viele, nicht nur kulturelle Veränderungen des 18. Jahrhunderts gebrauchen. Sollte aber der Take-off erst am Ende des 18. Jahrhunderts stattgefunden haben, so wäre die Entstehung des Bürgertums das Resultat der angesprochenen Veränderungen, ihr Effekt, und als Erklärungsgrund hinfällig.

Es ist also schon wichtig, sich zu entscheiden. Wie viele Sozialhistoriker optiert Jürgen Habermas für die erste Möglichkeit: Das bürgerliche Publikum, das nicht mehr die adlige Hofgesellschaft darstellt, sondern sich in Theatern, Museen und Konzerten bildet, gewinnt um 1750 die

Oberhand. Ich möchte die zweite Möglichkeit zu bedenken geben. Da der Begriff „Bürgertum“ erst im 19. Jahrhundert üblich wird, kann die dazugehörige Sache kaum älter sein.

Die Schulordnung der Lateinschule in Bückeberg bietet 1794 den bürgerlichen Schülern an, sie könnten „zu brauchbaren Menschen entweder fürs bürgerliche Leben oder für die höhern Stände, denen sie sich in der Folge widmen wollen, erzogen werden.“ Man kann also auch als Bürgerlicher zu den höheren Ständen gehören, wenn man, anstatt eine Lehre zu machen, die lateinischen Bildungseinrichtungen durchläuft und studiert.

Ein Jungakademiker, der einige Monate durch Nordwestdeutschland reiste, beobachtete um diese Zeit den Zustand der Bildung in Westfalen. Die Bildung nimmt unter der „osnabrückschen Bürgerschaft“ täglich zu, ebenso aber auch unter den „höheren Ständen“ in Osnabrück. Die Bürgerschaft, das sind die Gewerbetreibenden mit eigenem Feuer, Herd, Bürgerrecht. Zu den höheren Ständen rechnet der Reisende das Domkapitel, den Adel des Landes, die Beamten der Justizkanzlei sowie der fürstlichen und geistlichen Gerichte, die freien Advokaten, die katholischen und protestantischen Geistlichen. Das heißt, die studierten Theologen und Juristen gehören auf die Seite des Adels.

Mit seiner Reisebeschreibung unter dem sentimental Titel „Meine Wallfahrt zur Ruhe und Hoffnung“ (1802/03) fand der Verfasser, Justus Karl (von) Gruner, tatsächlich die ersehnte Anstellung und wurde schließlich als Berliner Polizeipräsident adlig. Dass Juristen und Leibärzte so häufig nobilitiert wurden, ist ein sicheres Indiz für die Allianz von Adligen und Akademikern.

Man könnte einwenden, Osnabrück mit seinen achttausend Einwohnern, das noch dazu abwechselnd von einem katholischen und einem protestantischen Bischof regiert wurde, sei atypisch und rückständig. Aber selbst in der großen Reichsstadt Hamburg, die gegen Ende des Jahrhunderts weit über hunderttausend Einwohner zählte, unterschieden sich studierte und unstudierte Ratsherren schon durch ihren Habit, ganz wie in Osnabrück. Johann Georg Büsch (1728 bis 1800), Mathematikprofessor am Hamburger Gymnasium und Begründer der ersten beruflichen Ausbildungseinrichtung für Kaufleute, der Handlungsakademie, klagte noch 1777 über das Unnatürliche in dem Umgange der Gelehrten und Ungelehrten. Die lateinisch-philosophische Ausbildung der Studenten sei so anders als die berufspraktische der Kaufmannsdiener, ihre berufsbedingten Interessen später so sehr verschieden, dass sie sich zwar zum Familienschmaus oder zum Kartenspiel treffen könnten, aber nicht in einem vernünftigen Gespräch. Solange noch nicht Theater, Museen, Konzerte und Bücher den Gesprächsstoff liefern, haben sich die beiden Stände nach Büsch nichts zu sagen.

Phantom der herrschenden Klasse

Da der gelehrte Stand anhand der lateinischen Sprache Textkompetenz erworben hat, ist er auch für das Bücherschreiben zuständig. Die Öffentlichkeit ist seit dem Humanismus in den Händen der Gelehrten (*literati*), und umgekehrt, wer publiziert, ist ein Gelehrter. „Gelehrtes Teutschland“ heißt das Autorenverzeichnis des 18. Jahrhunderts. Das ist über dem geschichtsphilosophischen Gegensatz von Adel und Bürgerlichen vergessen worden, die soziologische Analyse nach Schichten macht zudem blind für die sozialrechtliche Unterscheidung von Ständen. Hans-Ulrich Wehler hat daher viele in die Irre geführt, als er den ersten Band seiner Deutschen Gesellschafts-

geschichte dem „Feudalismus“ gewidmet hat anstatt der ständischen Gesellschaft. Das bayerische Landrecht von 1756 kennt insgesamt zehn ständische Unterscheidungen, das preußische Landrecht von 1794 nur noch drei: Geburt, Ausbildung, Beruf. In jedem Fall begründet die lateinische Ausbildung in gelehrten Schulen und Universitäten einen eigenen Status, erst die Burschenschaften im 19. Jahrhundert wollen diesen Sonderstatus abschaffen.

Es fällt auf, dass der Bildungsreisende Gruner die Bildungsverhältnisse in Residenzen wie Bückeburg und Oldenburg lobt, in Reichsstädten wie Dortmund und Essen dagegen beklagt, selbst Bremen kommt nicht ohne Einwände davon. Der Gegensatz „Residenzstadt – Reichsstadt“ ist geeignet, das Phantom der herrschenden Klasse zu lokalisieren. In der Residenzstadt herrscht der Fürst mit seinem bürgerlich-adligen Regierungsapparat, der grundbesitzende Adel wäre die herrschende Klasse. In der Reichsstadt dagegen herrschen die handel- und gewerbetreibenden Bürger, die sich durch ihren bürgerlich-akademischen und bürgerlich-kaufmännischen Magistrat selbst regieren.

Bislang hat man zur Entstehung des Bürgertums stets den Adel herangezogen, sei es in der Habermas'schen Ablösung des Bürgertums vom Adel, also dem Modell der Emanzipation, sei es in der Metapher vom Aufstieg des Bürgertums. Könnte es sein, dass nicht etwa die Reichsstädte, sondern die Residenzstädte wesentlich waren für die Entstehung des Neuen? Und wie hätte man sich die Auseinandersetzung mit dem Adel zu denken? Rivalität? Mimesis?

Im Alten Reich gab es einundfünfzig Reichsstädte, aber wohl doppelt so viele kleine und mittlere Residenzen – Arolsen, Braunschweig, Darmstadt, Dessau, Erfurt, Gotha, Kassel, Schwedt, Weimar, Zweibrücken, dazu die weltlichen und geistlichen Perlen den Rhein hinunter, Karlsruhe, Mainz, Koblenz, Bonn, zu schweigen von Provinzhauptstädten wie Münster und Düsseldorf, Königsberg und Breslau. In deren adlig-bürgerlichen Mischgesellschaften lernt man zu Ende des 18. Jahrhunderts einen neuen Umgang mit Künsten und Wissenschaften, gewissermaßen Kultur zum Selbermachen.

Man besucht nicht nur Konzert und Oper, um zu hören und zu reden, sondern man spielt auch Instrumente, singt, komponiert bei Hofe. Man geht nicht nur ins Theater, um zu sehen und zu reden, sondern man gefällt sich, und gefällt sich gut, in Liebhaberaufführungen. Man sammelt nicht nur Bilder, sondern zeichnet, malt, zeigt herum und redet darüber. Man hört belehrende Vorträge und veranstaltet naturwissenschaftliche Experimente. Dafür holt sich die Adelsgesellschaft Experten, Schauspielerinnen, Kapellmeister, Wissenschaftler, besuchsweise oder für länger.

Kartenspielen mit Frauen?

Ist das nicht alles Weimar? Genau, Weimar als Paradigma. Der Grund dafür ist ein offenes Geheimnis: Gerade die Adelsgesellschaften verfügen über das, was es zur Kultur braucht, freie Zeit und freies Geld. Bisher hat man in diesem Zusammenhang eher an assoziative Konstellationen wie das Kaffeehaus (seit etwa 1700) oder die Freimaurer (seit etwa 1740) gedacht. Für die Dauer einer Logensitzung, sei es wöchentlich oder monatlich, gelingt es den Freimaurern, einige Standesunterschiede zwischen Männern zu suspendieren: konfessionelle Unterschiede, den Unterschied zwischen Gelehrten und Ungelehrten, zwischen Adligen und Nichtadligen, zwischen Zivil und Militär, zwischen mobilen Schauspielern und besitzlichen Honoratioren, bisweilen sogar den Unterschied zwischen Regenten und Untertanen.

In der Abgeschlossenheit einer Korporation wird, wie Jürgen Habermas sagt, die Parität des „bloß Menschlichen“ kultiviert. Wenn aber in den Residenzstädten die Hälfte der Logenmitglieder und sogar darüber von Adel ist (Winfried Dotzauer), so wird auch das „bloß Menschliche“ exklusiv. Daraus entspringt der double-talk der späteren bürgerlichen Gesellschaft: Ich spreche vom Menschen, ich rede aber zu meinesgleichen, und ich meine auch nur meinesgleichen. Lessing hat das Problem gesehen: „Prinzen, Grafen, Herrn von, Offiziere, Räte von allerlei Beschlag, Kaufleute, Künstler – alle die schwärmen ohne Unterschied des Standes in der Loge unter einander durch“, heißt es 1780 in seinen Freimaurergesprächen. Doch die „gute Gesellschaft“ mit ihren feinen Abstufungen will unter sich bleiben und würde einen aufgeklärten Juden, einen ehrlichen Schuster, einen treuen Diensthofen, so der kritische Lessing, niemals aufnehmen. Die traditionelle Grenze zwischen Hand- und Kopfarbeit, verstärkt um diejenigen, die rechtlos sind, weil sie anders sind, macht den sozialen Einschnitt.

Jene gute Gesellschaft, die sich in den Freimaurern ihre Geheimorganisation gegeben hatte, bezeichnet man in den Schul- und Erziehungsschriften der Aufklärung eher moralisch, den Kaufleuten und Künstlern zuliebe, als „gesittete Stände“. Und wie wurde die Exklusivität der Geheimorganisation eigentlich durchbrochen? Die Antwort liegt bei den Frauen. Erst als der Standesunterschied zwischen Männern und Frauen gelockert wurde, konnte sich eine gebildete Geselligkeit entwickeln.

Dabei gab es standesspezifische Hemmnisse, entsprechend der unterschiedlichen Stellung der Frau im bürgerlichen und im adligen Haushalt. Die bürgerliche Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau erschwerte es, Gesellschaft zu haben, zumal wenn sie nach dem zeitaufwendigen und zeremoniellen Muster des Familienschmauses ablief. Die bürgerliche Hausfrau musste also entlastet werden – und die bürgerlichen Männergespräche mussten transformiert werden. Henriette Herz schildert in ihren Erinnerungen, wie erst die Schöne Literatur lesenden jüdischen Frauen eine geschlechts- und standesübergreifende Geselligkeit in Berlin begründeten, während die bürgerlichen Kaufleute und Akademiker keinen Wert darauf legten, Hausfrauen in ihre Gespräche zu ziehen. Um sich gebildet zu unterhalten, musste dann freilich auch die Basisunterhaltung in allen Ständen, das Kartenspiel um Geld, verdrängt oder eingeschränkt werden.

Von Garve zu Goethe

Einer der großen soziologischen Essays des 18. Jahrhunderts erklärt, warum der Adel vorbildlich wirken konnte für die Geselligkeit der gesitteten Stände, nämlich „Ueber die Maxime Rochefaults: das bürgerliche Air verliert sich zuweilen bey der Armee, niemahls am Hofe“ von 1792. Sein Verfasser, der Philosoph Christian Garve (1742 bis 1798), lebte, von einer Krebskrankheit gezeichnet, in Breslau, einer reichen Stadt, die in regem Austausch mit dem landsässigen Adel stand.

Beim Adel werden nach Garve die Geschlechter frühzeitig zum Umgang miteinander angehalten, überhaupt verbringen sie einen großen Teil ihrer Zeit in Gesellschaft, wo sie vor allem die Gabe zu gefallen kultivieren, weil sie sich dadurch zu Positionen im Umkreis des Hofes eher empfehlen. „Der Kaufmannsbursche, der junge Studirende wird während der Zeit, da seine Erziehung geschieht, angewiesen, die Arbeitsamkeit als seine einzige Pflicht, und die Gesellschaft als seine Ergötzung anzusehen, die er sich nur sparsam erlauben dürfe. Bey dem Sohne einer ange-

sehenen Familie wird die Besuchung der Gesellschaft für einen Theil der Erziehung selbst gehalten.“ So hat der Adel nicht nur ein tiefes Interesse an Geselligkeit, er hat auch freie Zeit und freies Geld dafür.

Adlige Geselligkeit steht allerdings bei den bürgerlichen Autoren von damals in einem ganz schlechten Ruf – mit einer Ausnahme. Als Hofmann, der es wissen musste, publizierte Johann Wolfgang (von) Goethe in „Wilhelm Meisters Lehrjahre“ (1795/96) ein Bildungsmanifest, das auf Garves Analyse beruht und sich den Adel zum Vorbild nimmt. Wilhelm Meister schreibt singemäßig: Der Bürger muss sich ausweisen durch Arbeit und Leistung, der Adlige muss sich als Person ausbilden und darstellen.

Daher könne er, Wilhelm, seinen Wunsch, sich selbst, ganz wie er da ist, auszubilden, nur ersatzweise auf dem Theater verwirklichen. Das freilich wird durch die Romanhandlung als Irrtum widerlegt. Der Kaufmannssohn gerät realiter in die Familienverhältnisse des souveränen Adels und in dessen Reformbestrebungen, will einheiraten und dann eigenen Grundbesitz aus seinem väterlichen Erbe bewirtschaften. Fügt man hinzu, dass auch die Turmgesellschaft in Goethes Roman aus der traditionellen Allianz von Adligen und Akademikern besteht, so darf man wohl sagen, dass der berühmte Roman eine Assimilation an die höheren Stände beschreibt, für die sich der Held Zeit und Geld aus dem Geschäft seines Vaters nahm.

Goethes Roman untersucht die Genese jenes Einzelwesens, das, öffentlich mit anderen zusammen, „das Bürgertum“ bilden wird. Man hat diese Einzelwesen verschiedentlich zu lokalisieren versucht, sogar in Gestalt der „sozial freischwebenden Intelligenz“, am nachhaltigsten haben sich die „Privatleute“ von Jürgen Habermas ausgewirkt. Deren sozialer Status verknüpft die Merkmale von Besitz und Bildung (Habermas).

Alle anderen sozialen Kennzeichnungen, namentlich Ausbildung und Beruf, sind darin verschwunden. Würde man sie hinzufügen, erhielten wir, wie in der ständischen Gesellschaft zu erwarten, eben Stände (lat. *status*). Gewiss gibt es in der zeitgenössischen Rechtssprache den Privatmann (*privatus*); das ist derjenige, der aller Herrschaftsfunktionen beraubt ist, also der bloße Untertan, im Gegensatz zum Mann mit Herrschaftsfunktionen (*politicus*). Kultur, denke ich im Gegensatz zu Habermas, wurde im Bereich der Herrschaftsfunktionen zum öffentlichen Gut. Privatleute erhalten wir erst, wenn sie dasselbe vorhaben wie Wilhelm Meister, nämlich sich ganz, wie sie da sind, auszubilden zu der Person, die sie noch nicht sind.

Die Schulreformen sind der Schlüssel

So deutlich, wie man es sich nur wünschen kann, zeigt Wilhelm Meister, dass Bildung ein gesellschaftliches Substrat braucht. Die höheren Stände, Adel und Akademiker, ergänzt um Kaufleute und Künstler, machen „die Gebildeten“ aus – unter der Bedingung, dass sie an der Verbesserung ihrer selbst ebenso wie der Verbesserung der Verhältnisse arbeiten. Was Goethes Roman allerdings nicht zeigt, ist, dass Bildung ein institutionelles Substrat braucht, also kulturelle Einrichtungen, Schulen, Universitäten, Bibliotheken. Erst wenn man das Schulwesen hinzufügt, bekommt der Wunsch, sich selbst auszubilden, institutionellen Halt. Erst wenn man die Schulreformen im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts betrachtet, wird das Bildungsprogramm vernünftig.

Die Schule implementiert den Wunsch, sich selbst auszubilden, schon bei einer Schreiberziehung, deren Ziel die eigene Handschrift ist, sowie durch eine Fülle didaktischer Maßnahmen bis hin zum Ziel, das Selbstbildung heißt. „Der Schüler ist reif, wenn er so viel bei andern gelernt hat, dass er nun für sich selber zu lernen im Stande ist“ (Wilhelm von Humboldt, 1809). Die Bildung in der Schule, die Ausbildung zur Selbstbildung, hat ein Ende – die Bildung außerhalb der Schule soll lebenslänglich fortschreiten.

Die Schulreformen nach 1770 sind daher der Schlüssel zum deutschen Bildungsbegriff, der Bildungsbegriff ist der Schlüssel zur Entstehung des Bürgertums, weil er das Selberlernen sozialisiert, so dass sich alle lernenden Subjekte von ihrer Standeszugehörigkeit lösen können. Der Ideologie nach; soziologisch sind „die Gebildeten“ eine Erweiterung der höheren Stände, aber eine vorübergehende.

Nach 1815 koalieren die Akademiker nicht mehr mit dem Adel, sondern schließen sich den Kaufleuten und Unternehmern an. Neben vielen anderen Gründen möchte dabei wohl auch die Genealogie mitsprechen. Im Ancien Régime durften nur der Kaiser, der König von Preußen und der sächsische Herzog als König von Polen nobilitieren – nach Napoleons Niederlage gab es in Deutschland fünf Könige und sieben Großherzöge, die alle den persönlichen oder erblichen Adel erteilen konnten. Dagegen machte das Bürgertum Front, so sehr, dass seine Kinder von dem aristokratischen Erbteil nichts zu wissen bekamen.